



und Raumordnung



Perspektiven der Regionalentwicklung in Schrumpfungsregionen

Abstracts

Dezembertagung des Arbeitskreises "Städte und Regionen" der DGD in Kooperation mit dem BBSR

4. Dezember - 5. Dezember 2014 in Berlin

Harald Tiemann, Arbeitskreis nachhaltige Strukturpolitik (FES)

Den Länderfinanzausgleich zukunftsfähig machen

Der Solidarpakt II und der Länderfinanzausgleich laufen 2019 aus. Damit müssen die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu verhandelt werden. Die Politik muss Antworten auf die Frage finden, wie ist das grundgesetzliche Gebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu erreichen? Wie muss man mit dem demografischen Wandel umgehen? Was bedeutet die ab 2016 für den Bund und ab 2020 für die Länder wirkende Schuldenbremse für die öffentliche Daseinsvorsorge?

Bereits im Juni 2013 hat der Arbeitskreis Nachhaltige Strukturpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) unter der Leitung von Hans Eichel ein Konzept vorgelegt, wie eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen genutzt werden kann, einen Beitrag zum grundgesetzlichen Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu leisten. Im Wesentlichen geht es darum, dass der Länderfinanzausgleich seine Blindheit gegenüber den sozialen und ökonomischen Realitäten überwindet und einen Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels leistet. Das FES-Konzept schlägt deshalb drei Maßnahmen vor, die darauf abzielen, Länder und Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre Entwicklung selbst zu gestalten:

- 1) Entlastung der Kommunen von den durch den Bund veranlassten Sozialausgaben.
- 2) Sicherung einer Grundversorgung mit Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge durch eine neue "Gemeinschaftsaufgabe Sicherung der regionalen Daseinsvorsorge".
- 3) Initiierung eines Ideenwettbewerbs der Regionen und Kreise, um Antworten auf drängende gesellschaftliche Herausforderungen vor Ort zu finden.

Im Rahmen des Projekts wurden die Maßnahmen im Hinblick auf ihre finanzwissenschaftliche und verfassungsrechtliche Umsetzbarkeit intensiv diskutiert. Der Vortrag ist ein Werkbericht und informiert über den aktuellen Stand des Vorhabens.

Heinrich Tiemann Mitglied des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik (FES) nachhaltige.strukturpolitik@fes.de

Zur Person:

Heinrich Tiemann war unter anderem Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung, Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

Alexander Schürt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn **Entwicklung der Wohnungsmärkte bei regionalen Schrumpfungsprozessen**

Die regionalen und lokalen Wohnungsmärkte in Deutschland differenzieren sich zunehmend aus. Seit einigen Jahren werden vor allem Wohnungsengpässe in Verbindung mit deutlichen Immobilienpreisund Mietensteigerungen in wachsenden Städten und Regionen thematisiert. Entwicklungen in stagnierenden oder schrumpfenden Regionen rücken dabei in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund. Dabei bestehen dort in Verbindung mit den aktuellen und künftigen Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklungen ebenfalls zunehmend wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Herausforde-

Viele Städte und Regionen sind bereits mit deutlichen Wohnungsleerständen konfrontiert. Neben Rückgängen der Nachfrage durch Bevölkerungsverluste bewirken auch qualitative Ansprüche und nicht mehr marktgängige Objekte eine Zunahme leerstehender Wohnungen und Gebäude. Nach der Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus standen in Deutschland 2011 mit 1,72 Mio. Wohnungen 4,4 % aller Wohnungen in Wohngebäuden leer – 3,6 % in Westdeutschland und 7,0 % in Ostdeutschland. Damit sind erhebliche finanzielle und organisatorische Probleme für die Immobilieneigentümer, das Wohnumfeld sowie die Kommunen verbunden. Aufgrund der demografischen Entwicklungen und der differenzierten Binnenwanderungsströme werden diese Trends in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

Diese Wohnungsüberhänge bewirken vergleichsweise niedrige Immobilienpreise und Wohnungsmieten. Das ist für Mieter und Immobiliensuchende in Bezug auf Auswahl und Kosten interessant. Allerdings bieten die niedrigen Mietenniveaus und geringen Entwicklungsspielräume oft kaum Möglichkeiten für Eigentümer, in Instandsetzungen oder Modernisierungen der Immobilien zu investieren. Verkäufe von Immobilien sind ebenfalls erschwert und können mit Verlusten verbunden sein.

Bautätigkeit findet auch in Schrumpfungsräumen statt, wenn auch in geringerem Umfang. Dahinter stehen qualitative Ansprüche an Wohnungen in Bezug auf Ausstattung, Größe, Zuschnitt, Energieeffizienz oder Zustand – aber auch Lage – die über die vorhandenen Wohnungsbestände nicht immer erfüllt werden können. Dadurch verstärkt sich die Leerstandsproblematik.

Vor allem in Ostdeutschland konnten bisher, unterstützt durch Förderprogramme von Bund, Ländern und Kommunen, zahlreiche ungenutzte Wohnungen rückgebaut werden – seit 2002 knapp 330 000. Hier besteht ein weiterer Bedarf, so dass entsprechende Förderungen auch in den nächsten Jahren erforderlich sind. Aber auch in Westdeutschland werden die Probleme mit Wohnungsleerständen zunehmen – in ländlichen Gebieten ebenso wie in strukturschwachen städtischen Räumen. Neben dem gezielten Rückbau nicht mehr marktgängiger Wohnungen sind daher auch weitere Maßnahmen erforderlich, bspw. ein differenziertes und vergleichbares Leerstandsmonitoring, die Vermeidung neuer Leerstände sowie die Konzentration vorhandener Leerstände.

Dipl.-Geograph Alexander Schürt Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Bonn alexander.schuert@bbr.bund.de

rungen.

Frank Amey, SALEG mbH Halle (Saale)

Brach gefallene soziale Infrastrukturbauten - eine Untersuchung zu Inwertsetzungen in peripheren Regionen im demografischen Wandel

Weit ab von Wachstumskernen, raumordnerischen Entwicklungsachsen und ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit befinden sich peripherisierte Räume in Nord-Thüringen bzw. im südlichen Sachsen-Anhalt. Der dort persistente Transformationsprozess ist durch Abwanderung, mangelnde Investitionen oder überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenzahlen gekennzeichnet. Das Dilemma besteht darin, dass die durch nicht selbst verschuldete Abkopplung, Stigmatisierung und Abhängigkeiten gekennzeichneten Kommunen nicht in der Lage sind, durch endogene Kräfte sich neu zu erfinden, was eine Regenerierung möglich machte, um letztendlich in der Wertschöpfungskette den für Investoren derzeit unattraktiven Immobilienmarkt wieder zu beleben. Diese seit mehr als 20 Jahren durchlaufenen Entwicklungspfade wirken sich auf die Siedlungskörper aus, die in vielen Orten zu perforieren drohen. Es ist festzustellen, dass der Prozess des Niedergangs längst noch nicht abgeschlossen ist.

Soziale Infrastrukturbauten, wie ehemaligen Schulen, Kitas und Krankenhäusern, sind im besonderen Maß von diesen Entwicklungen betroffen. Insbesondere durch den selbst verstärkenden Effekt des demografischen Wandels dienen sie als stadtplanerischer Forschungsgegenstand. Dies vor dem Hintergrund einer möglichen Inwertsetzung als städtebauliche Innenentwicklungsstrategie (Anpassung) nach dem diese Immobilien ihre ursprüngliche Nutzung verloren haben. Die Notwendigkeit zum stadtplanerischen Handeln ergibt sich u.a. aus der nicht selten städtebaulich exponierten Lage, als seltene bauliche Zeitzeugnisse auch als Teil eines Ensemble mit kulturhistorischem Wert sowie als Merkpunkte einer gesamtstädtischen bzw. dörflichen Ordnung.

Die Arbeit identifiziert die neuen Herausforderungen, die im Umgang mit leer stehenden sozialen Infrastrukturbauten in peripherisierten Klein- und Mittelstädten durch die Eigentümer zu bewältigen sind und reflektiert kritisch die Wirksamkeit der informellen sowie formellen planerischen Instrumente. Es werden konkrete Vorschläge gemacht, wie das Immobilienmanagement sowie die Eigentümereinbindung bei sehr stark beruhigten Wohnimmobilienmärkten zu erfolgen hat. Weiterhin werden Strategieansätze des Verwaltungshandelns empfohlen, die auf die speziellen Marktbedingungen abgestimmt sind.

Neben diesen aus der Theorie gewonnenen Analogieschlüssen zeigen die aus dem Feldexperiment in der o.g. Untersuchungsregion durch umfangreiche Erhebungen operationalisierbare Daten. Aus dieser Dichte der Informationen entstanden valide Aussagen, deren Reliabilität in die Entwicklung einer Standortanalysedatenbank einflossen sind. Somit konnte nicht nur die Problemlage objektiv nachgewiesen werden, sondern es gelang auch in der Exploration ein für die Kommunen handhabbares Planungsinstrument zu entwickeln, das auch anderswohin übertragbar ist.

Dr. Ing. Frank Amey SALEG mbH Halle (Saale) amey@saleg.de

160115 Uwe Ferber, Manfred Gerner, Diana Jonietis PROJEKTGRUPPE STADT + ENTWICKUNG Leipzig

Fachwerktriennale - eine Initiative zur Bewältigung des demographischen Wandels

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V. präsentiert seit 2009 im Turnus von drei Jahren die Fachwerktriennale mit Strategien, Konzepten und Projekten zur Weiterentwicklung und zum Umbau von Fachwerkstädten innerhalb ihres regionalen Kontext. Hierbei wird sie als Pilotprojekt im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterstützt.

Insbesondere die in schrumpfenden Regionen gelegenen Mitgliedsstädte sehen sich massiv mit den Folgen des demografischen Wandels konfrontiert. Bevölkerungsschwund, Wohnungsleerstand, Einbußen im Handel und nachlassendes privates Engagement geben Anlass zur Sorge. Die historisch gewachsenen kleinteiligen Stadt- und baulichen Strukturen sowie Eigentumsverhältnisse, Denkmalschutz und technische wie energetische Anforderungen schränken die Möglichkeiten beim Stadtumbau stark ein. Maßnahmen der Stadtsanierung zur Aufwertung des öffentlichen Raums reichen zur Steigerung der Attraktivität nicht mehr aus. Integrative baulich-architektonische, städtebauliche, wirtschaftliche und soziale Ansätze zur Stadt- und Regionalentwicklung sind deshalb zum Erhalt und zur wirtschaftlichen Revitalisierung von historischen Städten von zentraler Bedeutung.

Das Triennalenprinzip beruht auf der Ausschreibung erfolgreicher Beispiele. Die Triennale ist somit "Ausstellung", Spiegelbild von "best practice" und Weiterbildungsveranstaltung zugleich. Die Konzeption der Triennale ist auf die breit angelegte Einbeziehung aller Akteure der Stadt- und Regionalentwicklung ausgerichtet. Spezifische Zielgruppen sind dabei die kommunalen Verwaltungen, die Politik und private Akteure aus der Wirtschaft. Ebenfalls eingebunden sind Fachbehörden, insbesondere der Denkmalschutz, sowie maßgebliche Berufsgruppen, wie Stadtplaner, Architekten, Immobilienmakler als auch Bewohner und Bürger.

Der Beitrag reflektiert den Prozess der inkrementalistisch angelegten Fachwerktriennalen. Im Mittelpunkt stehen aktuell Handlungs- und Entwicklungsstrategien, die im Zusammenarbeit mit privaten Akteuren entwickelt werden. Dies bezieht kommunale Stadtentwicklungsgesellschaften, Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften bis hin zu neu gegründeten Genossenschaften mit ein. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Ausgestaltung bestehender Förderprogramme sowie innovativer Instrumente insb. von revolvierenden Fonds werden in den Beitrag dargestellt.

Internet: www.fachwerktriannale.de

Quellen: Manfred Gerner, Uwe Ferber: REZEPTBUCH für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Fulda 2013, ISBN: 978-3-00-043335-1



Bild: EU-Jesscia finanzierte Ferienwohnungen in Homberg (Efze)

Dr.-Ing. Uwe Ferber
PROJEKTGRUPPE STADT + ENTWICKUNG Leipzig
Uwe_Ferber@projektstadt.de

Prof. Dipl.-Ing. Manfred Gerner
PROJEKTGRUPPE STADT + ENTWICKUNG Leipzig

Diana Joneitis M.A. d.joneitis@fachwerk-arge.de www.fachwerktriannale.de

Evi Goderbauer, BBSR Bonn

Umbau in Schrumpfungsregionen – interkommunal planen, abgestimmt umsetzen.

Praxisbeispiele aus dem Förderkontext Stadtumbau und Städtebauförderung

Immer mehr Regionen in Deutschland zählen zu den schrumpfenden oder stagnierenden Regionen, und immer mehr Regionen müssen sich den Folgen dieser Schrumpfung stellen. Die Kommunen innerhalb dieser schrumpfenden oder stagnierenden Regionen stehen dabei häufig konkreten städtebaulichen Herausforderungen gegenüber, die sie beispielsweise mit Hilfe des Stadtumbaus in Ost und West sowie unterstützt durch Städtebaufördermittel der Länder und des Bundes angehen. Interkommunale Kooperation ist ein wichtiger Beitrag zur Flankierung solcher kommunaler Umbau- und Strukturierungsprozesse. Strukturelle wie städtebauliche Anpassungserfordernisse sind in interkommunaler Zusammenarbeit häufig Erfolg versprechender zu lösen, zumal die Situation kommunaler Haushalte viele Städte und Gemeinden zu personellen und finanziellen Einschränkungen zwingt. Hier liegt beispielsweise ein Grund, warum das Land Hessen im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms Stadtumbau West interkommunale Zusammenarbeit als wichtiges Förderkriterium vorgegeben hat. Die in das Programm aufgenommenen hessischen Gemeindeverbünde erarbeiten ihre Stadtentwicklungskonzeptionen gemeinsam, managen den Stadtumbau-Prozess gemeinsam und setzen nach und nach erste Stadtumbauprojekte abgestimmt um. Einzelne Bespiele für überörtliche Zusammenarbeit im Stadtumbau und im städtebaulichen Kontext finden sich auch in anderen Bundesländern und in besonderen Formaten, die den interkommunalen Austausch fördern. Erwähnt werden hier die Regionalen in Nordrein-Westphalen, aber auch die Aktionen um die erfolgte IBA-Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 und die geplante IBA Thüringen 2023. Anhand ausgewählter Praxis- und Formatbeispiele lassen sich unterschiedliche Aspekte interkommunaler Stadtumbau- und Strukturanpassungsprozesse erläutern. Als Einzelaspekte aufgegriffen werden: Der Erarbeitungsprozess und die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen interkommunaler Stadtentwicklungs- und Stadtumbaukonzeptionen, die vorgefundenen Kooperationsformen und die Struktur eines gemeindeübergreifenden Stadtumbaumanagements sowie die Umsetzung abgestimmter Stadtumbau- und Strukturanpassungsprojekte in ausgewählten Handlungsschwerpunkten.

Dipl.-Ing. Stadtplanerin Evi Goderbauer Bundesinstitut für Bau-, Stadtund Raumforschung im BBR Evi.Goderbauer@BBR.Bund.de

Barbara Warner, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) Hannover 270115

Vom Speck- zum Altengürtel: Suburbia Ost im demographischen Wandel.

Handlungsoptionen für kommunale und regionale Akteure in Sachsen-Anhalt

Der demographische Wandel hat in Ostdeutschland spezifische Auswirkungen auf die Siedlungs- und Infrastrukturen und die Immobilienentwicklung. Der Nachfragerückgang auf dem Wohnungsmarkt hat zum einen zunehmenden Infrastrukturüberhang zur Folge, zum anderen sind auch aufgrund der "schubweisen" Alterung der zum Nachwendezeit Zugezogenen Siedlungsprozesse in suburbanen Wohnstandorten schwer steuerbar. Kommunale und regionale Planung muss unter ungünstigen demographischen und siedlungsstrukturellen Voraussetzungen zukunftsfähige Konzepte entwickeln - in einer auf Wachstum fokussierten Planungskultur kann dieses Ziel nicht immer konsequent verfolgt werden. Überdimensionierte Wohngebiete, die nach der Wende oft am Rande ehemals agrarisch geprägter Gemeinden ausgewiesen wurden, haben in vielen Fällen eine unsichere Zukunftsprognose und stellen besondere Erfordernisse an ihre künftige Entwicklung. Während die suburbanen Wohnstandorte lange aus Sicht der kommunalen Planung als Selbstläufer galten, nimmt heute - zu den siedlungsstrukturellen Problemen, vgl. Abb. - auch die soziale Heterogenität durch den Zuzug statusniedriger Bevölkerungsgruppen in einigen Wohngebietstypen zu, was zu downgrading-Prozessen führen kann. Vor allem nicht integrierte Wohngebiete sind hier als Problemfälle einzustufen. Siedlungsstrukturen entwickeln sich, die aus "perforierten" Ortskernen und schrumpfenden, tlw. verwahrlosten "angehängten" Wohngebieten bestehen.





Abb.: Leerstand im Geschoßwohnungsbau in Nedlitz; unterausgelastetes Wohngebiet in Angersdorf. Quelle: S. Picknik (li) / bing.com/maps (re)

Die Konsequenzen demographischer Veränderungen für die Gemeinden und die Möglichkeiten, konstruktiv mit den Veränderungen umzugehen standen im Focus des 2013 abgeschlossenen Forschungsprojektes "Demographischer Wandel in suburbanen Räumen Sachsen-Anhalts" an der MLU Halle-Wittenberg. Die Spätfolgen der Suburbanisierung und die Zukunftsperspektiven für die suburbanen Kommunen wurden für ein gesamtes Bundesland benannt und bewertet.

Empfehlungen für eine strategische Siedlungsentwicklung basieren auf der grundsätzlichen Forderung, dass Gemeinden mit schrumpfenden und langfristig unausgelasteten Wohngebieten von einer ungesteuerten und nicht koordinierten Siedlungsentwicklung Abstand nehmen müssen, wenn sie sich qualitätsvoll entwickeln wollen. Ansätze, sich bspw. als Wohnstandort für Ältere zu etablieren, sind ebenso ausbaubar wie die Möglichkeiten der Anpassung von Infrastrukturen im öffentlichen Raum, die Einbeziehung von privaten Anbietern und die Möglichkeit, über Beratungsangebote potenziellen Zuzug zu steuern. Zur Steuerung gehört ein überkommunales kooperatives Siedlungsflächenmanagement, das aus landes- und regionalplanerischer Sicht auch Gemeindegebietsreformen für angepasste Baulandausweisungen zulassen sollte. Großgemeinden als Verwaltungsstrukturen erleichtern eine Koordination der Siedlungsausweisung erheblich, wenn interkommunale Absprachen nicht oder nur eingeschränkt möglich sind. Im Kontext der übergeordneten Planung muss über neue Standards nachgedacht werden: Welche Aufgaben können an die Gemeinde abgegeben werden? Wo kann sie ggf. in ihrer Profilierung unterstützt werden? Das Land sollte den Gemeinden mehr als bisher Spielräume ermöglichen, eigene Initiativen umzusetzen. "Von oben" gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen zu wollen ist in Schrumpfungsregionen eine von der Landesplanung nicht umsetzbare und nicht zielführende Aufgabe. Vielmehr müssen die Akteure vor Ort selbst Möglichkeiten für eigene Initiativen (bspw. der Nachnutzung von Bestandsimmobilien) erhalten. Hier wären dann Anschubfinanzierungen mögliche Beiträge des Landes.

Dr. Barbara Warner

_

¹ Der Endbericht ist in der Reihe forum IfL (Heft 24/2014) erschienen

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) Leibniz-Forum für Raumwissenschaften warner@arl-net.de

Christoph Gipp, IGES Institut GmbH Berlin

Potenziale der Gesundheitsmobilität für die Mobilitätssicherung und die Gesundheitsversorgung?

Gesundheitsmobilität umfasst sämtliche Mobilitätsprozesse, die entweder das Erreichen von Einrichtungen der medizinischen Versorgung und Pflege durch den Patienten und oder seine Angehörigen oder aber die Versorgung von Patienten durch mobile Formen der Gesundheitsversorgung und Pflege umfassen.

Bereits heute zeichnet sich klar ab, dass der Bedarf an Fahrten der Gesundheitsmobilität weiter zunehmen wird, während gleichzeitig vor allem in ländlichen Regionen die Sicherstellung eines nachfrageorientierten öffentlichen Nahverkehrs vor immer größeren Herausforderungen steht:

Die Versorgungssituation in vielen ländlichen Regionen ist nicht im ausreichenden Maß gewährleistet, so dass auch hier zukünftig mehr Mobilität erforderlich wird. Versuche mit mobilen Arztpraxen oder die teilweise Substituierung von Ärzten etwa durch qualifizierte Pflegekräfte können diesen Trend nicht aufhalten.

Die derzeitig messbare Konzentration von medizinischen Versorgungseinrichtungen (Arztpraxen, medizinische Versorgungszentren, Krankenhäuser) sorgt insbesondere außerhalb von Ballungsräumen dafür, dass längere Wege zurückgelegt werden müssen.

Bereits jetzt wirken sich die Zunahme älterer Bevölkerungsgruppen aus, da mit zunehmendem Lebensalter die Morbidität ansteigt.

Der Beitrag "Potenziale der Gesundheitsmobilität" soll anhand von Ansätzen aus der Forschungs- und Beratungstätigkeit des IGES Instituts exemplarisch aufzeigen, in welchen Bereichen Formen der Gesundheitsmobilität jetzt und zukünftig verfügbar sein werden, ob Synergien zwischen der Sicherstellung des öffentlichen Nahverkehrs und der Gesundheitswirtschaft möglich wären, in welchen Bereichen strukturelle Defizite der med. Versorgung durch Gesundheitsmobilität verbessert werden könnten oder aber inwieweit Gesundheitsmobilität zu einer Verbesserung der Versorgungsqualität führen kann.

Abschließend soll ein Resümee gezogen werden, dass praktische Handlungsansätze für die politischen Entscheidungsebenen aber auch für die Akteure aus dem Sektor der Gesundheitswirtschaft (KVen, Krankenkassen, med. Versorger) sowie aus der Mobilitätsbranche umreißt.

Dipl.-Ing. Christoph Gipp IGES Institut GmbH Christoph.Gipp@iges.de

Sarah Beierle, Frank Tillmann; Deutsches Jugendinstitut, Halle

Jugendgerechte demografiestrategische Ansätze in strukturschwachen ländlichen Räumen

Strukturschwache ländliche Räume sind besonders stark von der Alterung der Gesellschaft betroffen. Dabei handelt es sich nicht mehr wie in den vergangenen Jahren um ein "Phänomen Ost", sondern betrifft zunehmend Regionen im gesamten Bundesgebiet. Die Ausgestaltung des im Grundgesetz formulierten Postulats der "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse" stellt daher eine gesamtdeutsche Herausforderung dar.

Mit dem Schwinden der Jugend stellt sich die Frage, welchen Stellenwert strukturschwache ländliche Kommunen und Landkreise den Belangen und Bedürfnissen junger Menschen als kleiner werdender Bevölkerungsgruppe überhaupt noch einräumen.

Die Bedeutsamkeit von Jugend für die Vitalität in ländlichen Regionen liegt auf der Hand. Jedoch werden die notwendigen Teilnahmezahlen, die für die Aufrechterhaltung von Einrichtungen und Angeboten erforderlich sind, oftmals nicht mehr erreicht. So werden Schulen zusammengelegt oder geschlossen und der öffentliche Nahverkehr wird nur noch zur Absicherung der Schüler/innenbeförderung aufrechterhalten. Kulturelle Angebote werden eingestellt oder richten sich vorrangig an den Bedürfnissen der älteren Generation aus. Viele junge Menschen entschließen sich dann aufgrund ihrer eingeschränkten Beteiligungsmöglichkeiten dazu, nach der Schule ihre Heimatregion zu verlassen, was die Alterung der Bevölkerung weiter verstärkt.

Das anzustrebende Ziel politisch Verantwortlicher sollte demzufolge eine jugendgerechte Demografiepolitik sein, die dafür sorgt, dass sich junge Menschen zu gegebener Zeit individuell und frei von Exklusionsbefürchtungen dafür entscheiden können, eine Region zu verlassen, zu bleiben, zurückzukehren oder neu zu entdecken. Dabei gilt es, innovative Ideen zu entwickeln und erfolgreiche Ansätze unter Berücksichtigung der Bedingungen vor Ort auf die Region zu übertragen.

In dem Vortrag werden mit Bezugnahme auf das DJI-Projekt "Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen" strategische Ansätze aus acht Landkreisen vorgestellt. Zum einen werden Praxisprojekte aus den Themenfeldern Berufsorientierung, Mobilität und Jugendarbeit hinsichtlich ihres Innovations- und Übertragungspotentials analysiert. Zum anderen werden aber auch strukturelle und förderpolitische Schwierigkeiten, denen sich jugendpolitische Akteure bei der Strategieentwicklung auf regionaler Ebene gegenübersehen, thematisiert.

Dipl. Soz. Wiss. Sarah Beierle Deutsches Jugendinstitut, Halle beierle@dji.de Dipl. Soz. Frank Tillmann Deutsches Jugendinstitut, Halle tillmann@dji.de

Wilhelm Klauser, InD initialdesign, Berlin 250215

Grosse Emma ® Treiber und Getriebene – die Umsetzung regionaler Versorgungsnetze in Ländlichen Räumen

Die Versorgung des ländlichen Raums gestaltet sich schwierig. Wenn durch Bevölkerungsverlust die wirtschaftliche Basis für einen Betrieb wesentlicher Infrastrukturen nicht mehr gegeben ist, erodiert das Angebot, wenn Betreiber von noch existierenden Versorgungsstrukturen die Altersgrenze erreicht haben, entstehen weitere Fehlstellen. Zusätzlich nehmen Online-Handel oder innovative Webangebote den verbleibenden Akteuren in einem weitgehend stagnierenden Markt Umsatz und Marge.

Gleichzeitig verändern sich aber die Rahmenbedingungen für die Versorger. Logistische Neuerungen, avancierte Kommunikationstechnologien, Kundenverhalten oder neue Wettbewerber setzen viele Akteure aus den klassischen Dienstleistungs- und Handelsindustrien unter Druck. Der Rückzug aus der Fläche ist für sie häufig nicht der Königsweg. Dezentrale, kundennahe und günstige Versorgungslösungen sind gesucht, die Nähe zum Kunden ist wichtig.

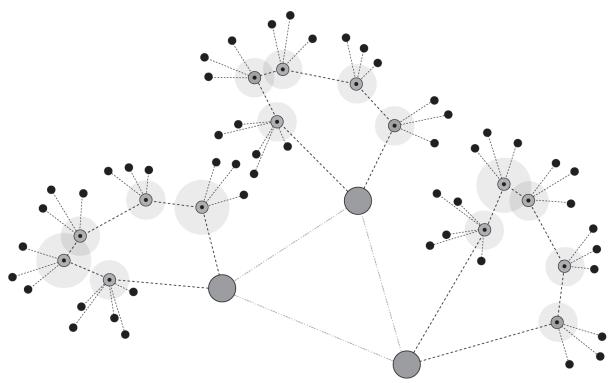
Gemeinsames und abgestimmtes Handeln in der Fläche kann unter diesen Voraussetzungen neue, stabile und unerwartete Versorgungsansätze hervorbringen und Lebensqualität im Ländlichen Raum absichern. Der Aufbau regionaler Versorgungsnetze, in denen verschiedene Anbieter kooperieren, um den ländlichen Raum zu versorgen ist eine Möglichkeit: "Sharing"-Ansätze, die nicht nur an einem Standort praktiziert werden, sondern an mehreren Orten gleichzeitig, reduzieren für alle Versorger die Fixkosten, die eine Präsenz in der Fläche generiert. Zeitlich abgestimmt und verlässlich getaktet können viele Anbieter sich beispielsweise Räume teilen, können untergenutzte Immobilen aktivieren und so ihre Präsenz in der Fläche erhalten. Die *Grosse Emma* ® ist solch ein Konzept, dass seit 2011 durch InD-initialdesign in verschiedenen Regionen und mit verschiedenen Akteuren entwickelt wird.

Das Wissen, dass kooperative Ansätze theoretisch geeignet sein könnten, um die Fläche zu versorgen, stößt in der Umsetzung schnell an Grenzen. Das Denken, das über den eigenen Interessensbereich hinausweist, ist unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten häufig ein Risiko. Die Angst vor Fehlern, vor komplexer Umstrukturierung oder auch die Sorge, von Umsetzungsprozessen überfordert zu werden, verzögert die Realisierung. Die Akteure müssen am konkreten Beispiel zusammengeführt werden: Um wirtschaftlich tragfähige Versorgungsnetze im ländlichen Raum aufzuspannen, müssen die Prozesse strukturiert, nachvollziehbar und einfach gestaltet werden. Ein Versorgungsnetz muss dazu tatsächlich aufgebaut werden, denn in der Realisierung zeigen sich Möglichkeiten zur Verbesserung. Am konkreten Beispiel entstehen die robusten und handhabbaren Werkzeuge, die eine Skalierung von neuen Versorgungsnetzen möglich machen. Gemeinsam mit dem Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV) arbeitet InD-initialdesign seit 2012 an einem Pilotprojekt.

Ein erster Standort für eine kooperative Versorgung wurde als *Grosse Emma* ® im Juni 2014 in Zabeltitz / Sachsen eröffnet. Im Betrieb kooperieren die Sparkasse Meißen, die Diakonie Riesa, verschiedene Kurier- und Expressdienste, um gemeinsam in einem ca. 1.100-Seelen Dorf und ausgehend von existierenden Strukturen einen innovativen Versorgungsschwerpunkt herzustellen. Weitere Dienstleister haben sich mittlerweile am Standort niedergelassen. Die Einrichtung wird von der Bevölkerung angenommen und entfaltet Signalwirkung.

Basierend auf den Erfahrungen am Standort überarbeitet InD-initialdesign nun in Sachsen-Anhalt und in Nordrhein-Westfalen den Umsetzungsprozess. Gleichzeitig entstehen Versorgungsmodule für den ländlichen Raum, die gemeinsam mit der Wirtschaft an konkreten Standorten erprobt, auf Tauglichkeit überprüft und in die Prozessabläufe der Wirtschaft integriert werden.

Seit dem Jahr 2014 wird die Arbeit des Entwicklungsteams dabei durch das BMEL im Rahmen des Modell- und Demonstrationsprogramms *Regio-LAB* unterstützt. Hier arbeitet InD initialdesign in einem interdisziplinären Team gemeinsam mit dem Projektträger Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV) an vernetzten Versorgungslösungen in der Fläche. Augenmerk liegt auf Entwurf, Umsetzung und Überprüfung von skalierbaren und multiplizierbaren Prozessen, die der Installation von Versorgungsstandorten vorausgehen.



Dr. Wilhelm Klauser InD initialdesign, Berlin wk@initialdesign.de

Florian Lintzmeyer, ifuplan München; Stefan Fina, Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung, Universität Stuttgart; Sabine Müller-Herbers, Baader-Konzept, Gunzenhausen

Verknüpfung von Innenentwicklung und Daseinsvorsorgeplanung in der Ländlichen Entwicklung – das Instrument Vitalitäts-Check 2.0

Ausgangslage

Die Innenentwicklung und der sparsame Umgang mit Grund und Boden ist ein erklärtes Ziel der Dorferneuerung in Bayern. Trotz Schrumpfungstendenzen in vielen Teilräumen ist die Flächenneuinanspruchnahme jedoch unverändert hoch, eine konsequente Umsetzung dieses Innenentwicklungsvorrangs ist nicht erkennbar. Insbesondere in ländlich-peripheren Teilräumen kommt hinzu, dass umfangreichen Innenentwicklungspotenzialen eine zunehmend geringere Nachfrage gegenübersteht und disperse Siedlungsstrukturen eine wohnortnahe und kosteneffiziente Grundversorgung zunehmend erschweren.

Vor diesem Hintergrund möchte die Bayerische Verwaltung für Ländliche Entwicklung mit ihren Instrumenten flächenhaft wirksame Impulse zur Umsetzung der Flächensparziele und der Daseinsvorsorgeplanung setzen.

Ansatz

Im Sinne einer Daseinsvorsorgeplanung erlangt der Einsatz von kommunalen Ressourcen und öffentliche Fördermitteln zur Innenentwicklung insbesondere für die Sicherung von Nachfragepolen der wohnortnahen Grundversorgung und ÖV-Anbindung in Schrumpfungsregionen zentrale Bedeutung. Für planerische Schwerpunktsetzungen sind dabei Informationen zur Versorgungsgüte im räumlichen Umfeld von Innenentwicklungspotenzialen erforderlich. Um die entsprechenden Grundlagen im Rahmen der Vorbereitungsplanung von Verfahren der Ländlichen Entwicklung zu erheben wurden der "Vitalitäts-Check zur Innenentwicklung" der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung überarbeitet und mit der Flächenmanagement-Datenbank des Bayerischen Landesamtes für Umwelt zum Vitalitäts-Check 2.0 verknüpft.

Vitalitäts-Check 2.0

Die Access-basierte Datenbank des Vitalitäts-Checks 2.0 stellt für die Gemeinde die Eckdaten (Bevölkerungsentwicklung, Flächennutzung, Siedlungs- und Versorgungsstruktur) der einzelnen Siedlungsschwerpunkte zusammen und erlaubt über eine Exportfunktion die kartographische Darstellung der kommunalen Versorgungsstrukturen. Durch einen Datenaustausch mit dem Bayerischen Landesamt für Statistik ist es gelungen, die Datenbank mit den verfügbaren amtlichen Daten weitgehend vorzubefüllen und damit nutzerfreundlich zu gestalten.

Der Vitalitäts-Check 2.0 erlaubt Auswertungen auf Ebene der Ortsteile, der Gesamtgemeinde sowie interkommunaler Zusammenschlüsse. Durch die Verknüpfung der Innenentwicklungspotenziale mit verorteten Grundversorgungsstrukturen werden Informationsgrundlagen zusammengestellt, um Innenentwicklung und Daseinsvorsorgeplanung integriert und im Idealfall auch regional abgestimmt zu betreiben.

Mit dem Vitalitäts-Check 2.0 haben die Verwaltungen für Ländliche Entwicklung, Kommunen und Planerinnen und Planer ein standardisiertes Instrument an der Hand, um die Anforderungen der Themenbereiche Innenentwicklung und Flächenmanagement sowie Daseinsvorsorge und demographischer Wandel zeitgemäß und nutzerfreundlich in der Detailplanung berücksichtigen zu können.

Dipl.-Geogr. Florian Lintzmeyer ifuplan GmbH München florian.lintzmeyer@ifuplan.de

Dr. Stefan Fina Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung Universität Stuttgart s.fina@baaderkonzept.de

Dr. Sabine Müller-Herbers Baader-Konzept Gunzenhausen s.mueller-herbers@baaderkonzept.de

Jacqueline Tillack, BIG-STÄDTEBAU GmbH, Kronshagen 100215 DA!SEIN – Leben im ländlichen Raum in der Mecklenburgischen Seenplatte

Interkommunale Kooperation der Städte Neustrelitz, Burg Stargard, Penzlin und der Gemeinde Feldberg (Laufzeit 2010 bis 2015)

Die Startphase - vom gemeinsamen Problemdruck zur konsensfähigen Entwicklungsstrategie

Die überwiegend ländlich geprägte Region Mecklenburgische Seenplatte ist durch Bevölkerungsrückgänge, Alterung und eine selektive Abwanderung junger, qualifizierter Einwohner verbunden mit einem Rückgang der kommunalen Einnahmen gekennzeichnet.

Ziel ist es, vor diesem Hintergrund durch die Stabilisierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen und die Stärkung des Tourismussektors die Folgen des demografischen Wandels abzumildern und die Daseinsvorsorge langfristig zu sichern.

Mit der Erkenntnis, dass diese Aufgaben nicht allein realisiert werden können und es einer abgestimmten Vorgehensweise in der Region bedarf, wurde ein Kooperationsbündnis der Städte Neustrelitz, Burg Stargard, Penzlin und der Gemeinde Feldberger Seenlandschaft mit einer zunächst fünfjährigen Laufzeit gegründet.

Im Jahr 2012 wurde dies mit einer interkommunalen Kooperationsvereinbarung mit folgender thematischer Ausrichtung besiegelt:

- Verbesserung der Attraktivität der Region für Bürgerinnen und Bürger durch die Neuordnung der Daseinsvorsorgeeinrichtungen
- Systematische Gestaltung des Naherholungsraumes mit dem Ziel, die touristische Attraktivität zu steigern
- Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Region durch die Stärkung weicher Standortfaktoren

Der lange Weg zur Projektumsetzung

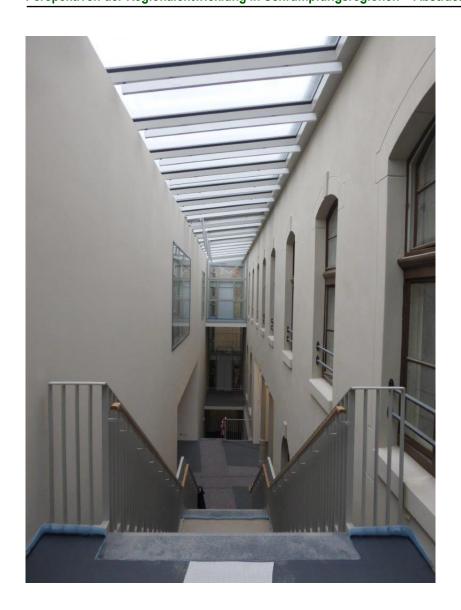
Die interkommunale Zusammenarbeit benötigte bis zur Realisierung erster Projekte eine lange Vorlaufzeit, in der eine gemeinsame Strategie entwickelt sowie Projekte vereinbart wurden, die allen beteiligten Kommunen einen Mehrwert bieten. Insbesondere während der Startphase, aber auch in der Umsetzungsphase braucht es für die Aushandlungsprozesse einen neutralen Moderator und Prozessmanager (BIG-STÄDTEBAU). Inzwischen wird der Mehrwert von allen Kooperationspartnern erkannt, der Erfolg der Zusammenarbeit spiegelt sich in den bereits umgesetzten und geplanten Projekten wider, die ohne eine Zusammenarbeit der beteiligten Kommunen nicht realisierbar gewesen wären. Das gemeinsame Handeln wird hier angesichts der Siedlungsstrukturen in der Region zur Schlüsselstrategie und trägt zur Förderung der regionalen und ländlichen Entwicklung bei.

Projekte

- Leitprojekt KULTURQUARTIER Mecklenburg-Strelitz in Neustrelitz (in Umsetzung)
- Sanierung der Grund- und Regionalschule "Johann-Heinrich-Voß" in Penzlin (in Umsetzung)
- Instandsetzung/Neubau "Badeanstalt Amtswerder Feldberg" in der Gemeinde Feldberger Seenlandschaft (in Planung)
- Ausbau des Krummen Hauses auf der H\u00f6henburg Stargard zu einem kulturellen und touristischen Ort in Burg Stargard (in Planung)
- Informations- und Verwaltungszentrum Markstraße 7 in Burg Stargard (in Planung)

Zwischenbilanz

Das Projekt DA!SEIN hat gezeigt, dass eine Vision bzw. gemeinsame Strategie die Voraussetzung für eine erfolgreiche interkommunale Zusammenarbeit ist. Nur wenn diese existiert, können die oftmals langwierigen Abstimmungs- und Vorbereitungsprozesse bewältigt werden. Um zu einer abgestimmten Gesamtstrategie zu gelangen, ist der Einsatz eines externen Prozesskoordinators und Moderators essenziell für den Erfolg. Divergierende Interessen und Perspektiven können nur mit einem neutralen Vermittler überwunden werden, der mit dem Prozess keine Eigeninteressen verbindet. Während des Aushandlungsprozesses muss es gelingen, den Mehrwert der Zusammenarbeit für alle Partner erkennbar zu machen und eine win-win-Situation für alle Projektbeteiligten zu erreichen. Erst wenn das gelingt, ist der Weg für die Projektumsetzung gebahnt. Aus diesem Grund sind die Initiierung und Begleitung von interkommunalen Kooperationen zeitintensiv und verlangen allen Beteiligten oft einen langen Atem ab. Interkommunale Kooperationen bringen jedoch vielfach nachhaltige Projekte hervor, die durch einen Partner allein nicht realisierbar gewesen wären und eröffnen damit neue Chancen – insbesondere für ländliche Regionen.







Weitere Informationen:

www.kulturquartier-neustrelitz.de/1543-details-0-24-2.html

Ansprechpartnerin:

Jacqueline Tillack, BIG-STÄDTEBAU GmbH, Regionalbüro Neubrandenburg

Jacqueline Tillack BIG-STÄDTEBAU GmbH, Kronshagen <u>i.tillack@keg-nb.de</u>

Katrin Bäumer, Sebastian Elbe; Geschäftsstelle LandZukunft

Erprobung neuer Wege in der ländlichen Regionalentwicklung – Erkenntnisse aus dem Modellvorhaben LandZukunft

Das BMEL hat mit dem Modellvorhaben *LandZukunft* neue Wege in der Förderung peripherer, ländlicher Regionen eingeschlagen und ist damit im Kontext der Demografiestrategie der Bundesregierung "Jedes Alter zählt" zu sehen. Über einen Zeitraum von drei Jahren (2012-2014) wurden die vier Modellregionen Birkenfeld, Dithmarschen, Holzminden und Uckermark mit 1,8 Millionen Euro über ein Regionalbudget gefördert.

Viele periphere ländliche Räume stehen großen demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen gegenüber. Oftmals beschleunigen sich bereits in Gang gesetzte Prozesse selbst, indem wirtschaftliche Strukturschwäche zu einem Mangel an adäquaten Arbeitsplätzen führt. Dies zieht wiederum sinkende kommunale Steuereinnahmen und schwierige Lebensverhältnisse (Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen und drohende Altersarmut) für die Bevölkerung nach sich. Öffentliche Mittel für eine attraktive Infrastrukturausstattung fehlen zunehmend, so dass eine Abwanderung, insbesondere jüngerer, besser qualifizierter Menschen, die Folge ist.

Ziel des Modellvorhabens *LandZukunft* ist es daher, periphere ländliche Regionen dabei zu unterstützen, die regionale Wertschöpfung zu fördern und Arbeitsplätze zu sichern und so der Abkopplung peripherer ländlicher Regionen entgegen zu steuern.

Das Modellvorhaben basiert dabei auf drei zentralen Elementen (1) Steuerung über Ziele, (2) Einbindung unternehmerischer Menschen und (3)Erprobung alternativer Finanzierungsinstrumente . Zur Umsetzung der selbst gesteckten Ziele sind die Modellregionen auf die aktive Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger und auf das Engagement der unternehmerischen Menschen angewiesen. Das zweite Element zielt daher explizit darauf ab, vielfältige Kooperationen zu befördern und insbes. regionale Unternehmen und unternehmerische Menschen sehr viel stärker als bisher und vor allem direkt und systematisch in die ländliche Entwicklungspolitik einzubinden. Davon verspricht sich der Fördermittelgeber die Aktivierung bisher ungenutzten Potenzials, da einerseits nicht nur bestehende Unternehmen von der Förderung profitieren, sondern auch Privatpersonen darin unterstützt werden ihre unternehmerischen Ideen umzusetzen. Andererseits werden Unternehmerinnen und Unternehmer motiviert, sich nicht ausschließlich mit Ideen einzubringen und als Fördermittelempfänger aufzutreten, sondern sich verstärkt in regionale Entscheidungsstrukturen einzubringen und so aktiv an der Gestaltung der Region mitzuwirken.

Mit Beendigung des Modellvorhabens *LandZukunft* Ende 2014 wird deutlich, dass alle Modellregionen die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsakteuren und unternehmerischen Menschen vor Ort engagiert, kreativ und auf regionale Rahmenbedingungen zugeschnitten, implementiert haben und so positive Impulse für das bürgerschaftliche Engagement und die regionale Wirtschaftskraft gesetzt haben.

Der Beitrag trägt damit nicht nur zur Beschreibung des breiten Spektrums an Herausforderungen bei, sondern skizziert konkrete Handlungsstrategien, wie diesen im ländlichen Raum begegnet werden kann. Dies geschieht u.a. anhand von Fallbeispielen aus den Modellregionen. Gleichzeitig ist ein guter Zeitpunkt, um das Modellvorhaben *LandZukunft* hinsichtlich der Übertragbarkeit von Förderansätzen zu beleuchten. Das Modellvorhaben *LandZukunft* fungiert darüber hinaus als Beispiel für ein impulssetzendes Förderinstrument ergänzend zur Regelförderung, was wiederum Schlussfolgerungen hinsichtlich ressort-, ebenen- und- raumübergreifendem Handeln zulässt.

Dr. Katrin Bäumer
Geschäftsstelle LandZukunft
baeumer@sprintconsult.de

Dr. Sebastian Elbe Geschäftsstelle LandZukunft info@sprintconsult.de

Claudia Busch, Agrarsoziale Gesellschaft e.V., Göttingen 300115

Erkenntnisse aus dem bundesweiten Wettbewerb "Kerniges Dorf" – Ortsgestaltung durch Innenentwicklung

Im Jahr 2013 führte die Agrarsoziale Gesellschaft (ASG) den bundesweiten Wettbewerb "Kerniges Dorf!" durch, mit dem besonders vorbildliche Ideen und Strategien zur Innenentwicklung ausgezeichnet wurden. Als Definition des oft sehr unterschiedlich definierten Begriffs "Innenentwicklung" galt hier, dass strategische Ansätze ausgezeichnet werden sollten, die den gesamten Ort im Blick haben und sich nicht auf Umnutzungskonzepte für einzelne Gebäude beschränken. Ein zukunftsorientierter Ansatz sollte erkennbar sein, der mehr ist als die Reaktion auf einen aktuellen Missstand, indem Innenentwicklung als kontinuierlicher Prozess wahrgenommen wird. Daher war auch von Bedeutung, dass Lösungen für die lokale Situation entwickelt und nicht auf Musterkonzepte von übergeordneten Institutionen gewartet wurde.

Da die jeweiligen Bedingungen für stark schrumpfende Dörfer in der Peripherie oder stark wachsende im Speckgürtel von Großstädten sowie zwischen kleinen und großen Dörfern sehr unterschiedlich sind, wurden die Bewerbungen je nach Ortsgröße und Bevölkerungsentwicklung in fünf Kategorien eingeteilt. In jeder Kategorie wurde ein gleichwertiger Preis vergeben. Die Auswahl der Gewinner wurde durch eine Fachjury mit Vertreterinnen und Vertretern aus Praxis, Politik, Wissenschaft und Verbänden vorgenommen. Da der Preis in einer Kategorie geteilt wurde, konnten letztlich sechs Gewinner ausgezeichnet werden:

- Das oberbayerische Fraunberg mit Maßnahmen, um den dörflichen Charakter auch im Großraum München zu erhalten.
- Goldenstedt in der Weser-Ems-Region, das eine lebendige Dorfmitte durch die Gestaltung neuer Wege garantiert.
- Kyllburg in der Eifel, dessen Bewohner mit Kunst und Kreativität gegen Schrumpfung und die damit verbundene Resignation vorgehen.



- Die oberpfälzische LeerstandsOFFENSIVE, die sich im Verbund mehrerer Dörfer als lernendes Netzwerk etabliert.
- Otersen, am Rand der Lüneburger Heide gelegen, wo mit hohem bürgerlichem Engagement das baukulturelle Erbe zukunftsorientiert genutzt wird.
- Die Stiftung Landleben in Nordthüringen, die mit innovativen Ideen lebenswerten Wohnraum schafft und erhält.

Im Teilnahmeformular wurde zusätzlich explizit nach Hindernissen der dörflichen Innenentwicklung gefragt, um Hinweise für politische und planerische Vorgaben zu erhalten. Hauptprobleme waren neben fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten ein oft hoher bürokratischer Aufwand oder Einschränkungen durch gesetzliche Regelungen. So widersprachen sich teils Bauordnung und Denkmalschutz in ihren Vorgaben. Bearbeitungszeiten zogen sich durch die Beteiligung verschiedener Ämter lange hin, so dass Förderfristen bereits abgelaufen waren oder das Engagement der Bevölkerung sich verloren hatte. Auch kooperierten Behörden teils zu wenig oder interpretierten Förderrichtlinien unterschiedlich. Mangelnde Planungshoheit der Dörfer oder gegenläufige Vorstellungen übergeordneter Verwaltungseinheiten behinderten den Prozess mancherorts zusätzlich. Neben diesen strukturellen Bedingungen können auch allzu menschliche Faktoren den Prozess der Innenentwicklung hemmen: Alt-Eigentümer haben möglicherweise zu hohe Preisvorstellungen für einen Verkauf oder der Besitzer eines ortsprägenden Gebäudes möchte dieses nicht restaurieren. Nicht in jedem Dorf kooperieren Vereine oder Parteien miteinander. Einwohner möchten sich manchmal nicht für Prozesse engagieren, die möglicherweise nur zu einer Wertsteigerung der Fläche des Nachbarn führen. Um die vielfältige Aufgabe dörflicher Innenentwicklung zu gestalten und zu moderieren, fehlt es den meist ehrenamtlich tätigen Ortsvorstehen schlussendlich auch an Profession, beispielsweise in Architektur, Moderation, Steuerwesen.

Der Wettbewerb "Kerniges Dorf!" wird im Jahr 2015 fortgesetzt. Nähere Informationen gibt es unter www.asg-goe.de/wettbewerb. Dort ist auch eine Broschüre zu finden, in der die Sieger des Wettbewerbs 2013 ausführlich vorgestellt werden.

Dipl.-Agr.Ing. Claudia Busch Agrarsoziale Gesellschaft e.V. Göttingen claudia.busch@asg-goe.de

Corinna Kennel, Marie Neumüllers, Andreas Willisch 300115

Bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe aktivieren

Ein Projekt der "Regionalstrategie Daseinsvorsorge" in der Planungsregion Westmecklenburg

Räumlicher Hintergrund: Die Planungsregion Westmecklenburg umfasst 7.000 km² und gehört damit flächenmäßig zu den größten Planungsregionen Deutschlands. Sie weist eine Einwohnerdichte von 65,6 EW pro km² (Mitte 2013) und einen Bevölkerungsrückgang von 3,7% zwischen 2006 und 2011 (Quelle: BBSR-Raumbeobachtung) auf. Ein Teil der Planungsregion gehört zu den im Entwurf der LEP-Fortschreibung neu definierten "Ländlichen Räumen mit besonderen demografischen Herausforderungen".

Ausgangslage: Insbesondere in den ländlich geprägten Gemeinden der Planungsregion sind neue räumliche Dynamiken ablesbar – weniger Bewohner und ein steigender Anteil Älterer stellen veränderte Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Dörfern und kleinen Städten dar und bedeuten neue Herausforderungen für die Daseinsvorsorge. Diese Veränderungsprozesse laufen aber keineswegs linear und in allen Gemeinden nach demselben Muster ab. So finden sich auch Gemeinden, die eine für die Region überraschende Prosperität ausstrahlen. Ein wesentlicher Unterschied zwischen dynamischen und stagnierenden Gemeinden könnte in der unterschiedlichen Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement liegen. Im Rahmen eines Umsetzungsprojekts zur "Regionalstrategie Daseinsvorsorge", die als Modellvorhaben des "Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge" (BMVBS/BBSR) entwickelt wurde, untersuchte die Arbeitsgemeinschaft Thünen-Institut für Regionalentwicklung, Bollewick, und Urbanizers, Berlin, bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe in kleinen Gemeinden der Planungsregion Westmecklenburg.

Basisbefund: Erfasst werden konnten rd. 1.800 Vereine, Gruppen und Initiativen, die sich flächendeckend über die Planungsregion verteilen. Als Basisbefund konnte festgehalten werden: Die Engagementlandschaft weist keine weißen Flecken auf.

Cluster: Nach Clusterung der rd. 1.800 bürgerschaftlich aktiven Gruppen zeigt sich eine deutliche Dominanz derjenigen Gruppen, die sich innerhalb von überörtlich vorgegebenen und stark formalisierten Strukturen bewegen (wie z.B. die Freiwilligen Feuerwehren, Sportvereine). Außerdem überwiegen Vereine und Gruppen, deren Aktivitäten sich im Bereich Hobby, Freizeitgestaltung und niedrigschwelliger Nachbarschaftshilfe bewegen. Diese Gruppen entfalten wirksame Kräfte für soziale Teilhabe und Lebensqualität und besitzen somit eine wichtige stabilisierende Funktion in den Gemeinden.

Gemeindetypen: In vertiefenden Falluntersuchungen konnten drei kontrastierende Typen lokaler Engagementstrukturen herausgearbeitet werden: der erste, bezeichnet als Kooperative, etablierte Bürgerschaft zeichnet sich durch eine stabile, langjährige Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Zivilgesellschaft aus. Gegenstand der Zusammenarbeit sind wenig konfliktreiche Themen, wie die Veranstaltung von Festen und Events. Anders dagegen beim Typ Bürgerschaft auf Inseln. Auch hier ist ein aktives Vereinsleben festzustellen, es fehlt aber eine Zusammenarbeit mit der Gemeinde, die sich an einem gemeinsam anerkannten Handlungsrahmen orientiert. Das Engagement steht daher unverbunden nebeneinander und vermag kaum Impulse für die Gemeindeentwicklung zu setzen. Beim Typ Bürgerschaft als Entwicklungsmotor schließlich ist die Zusammenarbeit genau durch diesen gemeinsamen Handlungsrahmen geprägt. Im Dreieck Bürgerschaft – Politik – Verwaltung werden in enger Zusammenarbeit Zukunftsfragen der Gemeinde thematisiert und lokal passfähige Antworten auf den demografischen Wandel entwickelt. In diesen Gemeinden kommt die gestaltende Funktion des Engagements zum Tragen.

Schlussfolgerungen für Aktivierungsstrategien: Erfolgversprechend sind Aktivierungsstrategien nur dann, wenn sie die Vielfalt und Vielschichtigkeit, so wie sie sich nach Clusterung und Typenbildung darstellt, berücksichtigen. Das heißt neben der Verbesserung der Rahmenbedingungen (Abbau bürokratischer Hürden, Flexibilität der Fördermittel) auch:

- Wahrnehmung des Engagements in seiner Unterschiedlichkeit auf allen politisch-administrativen Ebenen verstärken
- direkte Unterstützung der Vereine, Gruppen und Initiativen, z.B. durch gezielte Beratungsangebote; dabei den institutionellen Hintergrund der Gruppen berücksichtigen
- gezielte Beratung vor Ort, die auf Stärkung der lokalen Netzwerke ausgerichtet ist





Bürgerschaft als Entwicklungsmotor



Abbildung: Typen lokaler Engagementstrukturen

Corinna Kennel Urbanizers Büro für städtische Konzepte kennel@urbanizers.de

Marie Neumüllers Urbanizers Büro für städtische Konzepte neumuellers@urbanizers.de

Andreas Willisch
Thünen-Institut Bollewick
willisch@thuenen-institut.de

Helge Paulig, Keno Frank, Sächsisches Staatsministerium für Kultus, Dresden

Weitere Sicherung der Schulversorgung in Schrumpfungsregionen – Konzeptansätze aus Brandenburg und Sachsen

Nach der Aufhebung von mehr als 1000 Schulen in Sachsen und 490 in Brandenburg Ende der neunziger/ bis Ende der 2000er Jahre ist in Brandenburg und Sachsen wie im gesamten Ostdeutschland aktuell eine Zeit gewisser demographischer Stabilisierung der Schülereingangszahlen. Gleichwohl lassen Geburten- und darauf aufbauende Schülerzahlprognosen erwarten, dass im Ergebnis des "demographischen Echos" in den kommenden zwanziger Jahren insbesondere in den peripheren ländlichen Räumen nochmals mit dramatischen Schülerzahlrückgängen gerechnet werden muss. Diesen Entwicklungen stellen sich die Länder mit zum Teil unterschiedlichen Konzepten:

Brandenburg: Zur Bewältigung der Folgen der ersten Phase des Schülerzahlenrückgangs hatte die Landesregierung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf Basis eines mehrjähriges Modelversuchsprogramms, das von Fachtagungen und breiter öffentlicher Kommunikation flankiert wurde, das Brandenburger Modell der "Kleinen Grundschule" (Mindestgröße 3 Klassen x 15 Schülerinnen und Schüler = 45 Schülerinnen und Schüler) mit altersgemischten Lerngruppen entwickelt, mit dem ein möglichst wohnungsnahes Schulangebot in den ländlichen Räumen gesichert werden konnte. Dennoch hatte die damalige demografische Entwicklung die Schließung von insgesamt 200 von ehemals ca. 650 Grundschulstandorten zur Folge.

Für Oberschulen wurde Anfang der 2000er Jahre festgelegt, dass diese mit insgesamt mindestens 24 Schülerinnen und Schülern in der Jahrgangsstufe 7 zwei Klassen (2 x 12 Schüle-rinnen und Schüler) einrichten dürfen und fortgeführt werden, wenn die Oberschule noch über Klassen in der Sekundarstufe I verfügt und die einzige Schule mit einer Sekundarstufe I in dem Gebiet der Gemeinde ist.

Der erneute dauerhafte Rückgang der Schülerzahlen stellt im Grundschulbereich die schulische und regional-räumliche Organisation zunächst von Grundschulen, beginnend mit dem Turnus der kommunalen Schulentwicklungsplanung 2017 bis 2022 wiederum grundsätzlich in Frage. Die Landesregierung hat diese Herausforderung erkannt und im September 2012 eine Kommission zur Erarbeitung von Empfehlungen für künftige Modelle der Grundschulversorgung im ländlichen Raum, einschließlich eines Ausblicks auf die Sekundarstufe I eingesetzt. Die Demografie-Kommission hat im November 2013 ihre Empfehlungen der Landesregierung übergeben und empfiehlt der Landesregierung, angesichts des zu erwartenden erneuten Rückgangs der Schülerzahlen, die Grundschulversorgung im ländlichen Raum in Brandenburg durch die Bildung von Filialen zu gewährleisten.

Sachsen: Seit Mitte der neunziger Jahre existiert bei der Sächsischen Staatskanzlei eine interministerielle Arbeitsgruppe, die Auswirkungen des demographischen Wandels analysiert und die notwendigen Anpassungen der Fachpolitiken anregt. Im Ergebnis wurden Konzepte erarbeitet, neben bisher bereits im Einzelfall möglichen Abweichungen von den generellen Vorgaben, regional diese auch grundsätzlich zu akzeptieren.

Durch Schulmoratorien setzte der 5. Sächsische Landtag für den ländlichen Raum die Mindestzügigkeit bzw. die Mindestschülerzahl außer Kraft. Dies soll aufgegriffen und in ein zu Beginn der 6. Legislaturperiode novelliertes SchulG einfließen. Ebenso ist die Entwicklung einer ressortübergreifenden Bildungsplanung durch die Landkreise ein Schritt, um sich den wachsenden Herausforderungen einer heterogener werdenden Bevölkerung zu stellen. Im Vortrag werden dazu zwei regionale Beispiele kurz vorgestellt.

Dr. Helge Paulig Sächsisches Staatsministerium für Kultus, Dresden helge.paulig@smk.sachsen.de

Dr. Keno Frank
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Land Brandenburg
Keno.Frank@mbjs.brandenburg.de

160115 Jörn Hollenbach

Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen

Das aktuelle Landesraumentwicklungsprogramm (LEP) von Mecklenburg-Vorpommern datiert auf das Jahr 2005. Vor diesem Hintergrund erfolgt seitens der Obersten Landesplanungsbehörde derzeit eine Fortschreibung des Programms. Das neue LEP soll 2016 in Kraft treten. Derzeitig werden die Ergebnisse des ersten Beteiligungsverfahrens ausgewertet.

Mecklenburg-Vorpommern weist im LEP 2005 als übergeordnete Raumkategorien "Stadt-Umland-Räume" und "Ländliche Räume" aus. Die damit verbundenen Strategien der Raumordnung stellen für die Stadt-Umland-Räume ganz wesentlich auf ordnungspolitische und für die Ländlichen Räume auf entwicklungspolitische Zielstellungen ab.

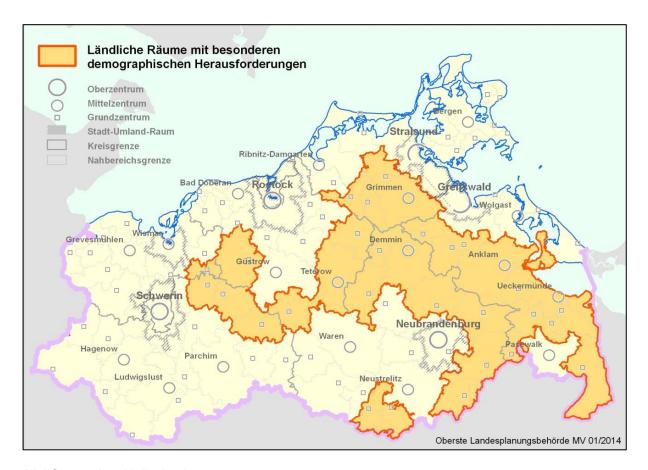
Im Entwurf des neuen LEP werden die Ländlichen Räume nunmehr durch die Raumkategorie "Ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen" (LRmbdH) weiter untersetzt.

Mit der Festlegung der neuen Raumkategorie soll auf den demografischen Wandel als eine der großen Herausforderungen des Landes reagiert werden. Vor allem die neuen Bundesländer, und hier vor allem die ländlichen Räume, weisen inzwischen erhebliche demografische Verwerfungen auf. Für Räume mit sehr geringen Bevölkerungsdichten, einer starken Überalterung, einer unterdurchschnittlichen Kaufkraft und einem ausgedünnten Arbeitskräftepotenzial kommt es zukünftig darauf an, seitens der Fachplanungen passgenaue Lösungen zu entwickeln. Standardlösungen, die sich an durchschnittlichen Entwicklungen orientieren, stoßen hier inzwischen an Grenzen und helfen diesen Räumen nicht mehr weiter.

Im Rahmen dieses Vortrages wurde die Methode zur Abgrenzung dieser Räume in Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt, wobei dieser Abgrenzung die folgenden Kriterien zugrunde gelegt wurden:

Nr.	Kriterium	Berechnung	Indikator für
1	EW-Dichte	EW / km² (EW)	Infrastruktur (Tragfähigkeit)
2	EW-Entwicklung	EW-Entwicklung 12/2006 bis 12/2010 (EW)	Demografische Entwicklung
3	Frauendefizit	Frauen im Alter 15-45 / Männer im Alter 15-45 (%)	Geburtenpotential
4	Seniorenanteil	EW 65 u. älter / EW (%)	Altersstruktur
5	Zuwanderung	Zuzug über die Landesgrenze nach M-V / 1.000 EW (EW)	Attraktivität
6	Kaufkraft	Kaufkraft / EW (€)	Wohlstand
7	Beschäftigte	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort / EW (%)	Wirtschaft / Arbeitskräfte

Die mit o. g. Methode festgelegte Raumkategorie LRmbdH umfasst mit 1/3 aller Nahbereiche der zentralen Orte - das sind 32 Nahbereiche -, rund 35 % der Landesfläche von M-V. Betroffen sind vor allem Nahbereiche in Vorpommern, im östlichen und im küstenfernen, zentralen Mecklenburg. Die größeren Zentren und ihr Umland, Westmecklenburg und die stärker touristisch geprägten Räume entlang der Ostseeküste und an der Mecklenburgischen Seenplatte sind nicht oder nur gering betroffen.



Dipl.Geogr. Jörn Hollenbach
Ministerium für Energie, Infrastruktur und
Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern
Joern.Hollenbach@em.mv-regierung.de

Heike Zettwitz, Sächsische Staatskanzlei, Dresden

Regionen im demografischen Wandel müssen sich neu erfinden

Im Vortrag soll der Frage nachgegangen werden, ob es für Regionen im demografischen Wandel notwendig ist, neue Pfade innerhalb der Regionalentwicklung zu beschreiten und wenn ja, unter welchen Rahmenbedingungen.

Den Einstieg bildet ein kurzer Vergleich ausgewählter Regionen in Deutschland (i. d. R. auf der Ebene der Raumordnungsregionen) und deren demografische und wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren (je nach Datenlage maximal zehn Jahre zurückblickend). Daran schließt sich die Frage nach den Ursachen bzw. möglichen Erklärungen an (Ansiedlungsmuster, Akteure, Finanzierungsströme, Lage etc.). Für die Antworten werden u. a. die Ansätze der Regionalentwicklung, die Zielsetzungen, die Organisations- und Akteurskonstellationen, die landespoltischen Rahmenbedingungen, die Erfolgsfaktoren und Stolpersteine näher untersucht. Dazu werden u. a. Daten empirisch aufbereitet und Gespräche mit den beteiligten Akteuren in den Regionen geführt.

Im Anschluss daran wird gefragt, inwieweit traditionelle Ansätze der Regionalentwicklung (gezielter Fördermitteleinsatz, Maßnahmen des Regionalmarketings, Zielbestimmung etc.) das endogene Entwicklungspotenzial einer Region befördert haben oder auch nicht.

Zum Abschluss werden einige Thesen und Vorschläge zur Neuausrichtung der Regionalentwicklung unterbreitet. Dabei werden aktuelle Diskussionen in den Themenbereichen Milieuforschung, Glücksforschung, Zeitgeografie, Resilienz und der Sozialforschung aufgegriffen.

Dipl.-Geografin Heike Zettwitz Sächsische Staatskanzlei, Dresden heike.zettwitz@sk.sachsen.de

Rainer Winkel, DISR

Output statt Input, Flexible Lösungen für Schrumpfungsregionen

Der demographische Wandel führt in der Daseinsvorsorge zu sinkender Auslastung und zugleich zu steigenden Bedarfen in Schrumpfungsregionen. Aufgrund der abträglichen Wirkungen der demographischen Veränderungen auf die öffentlichen Einnahmen wird daraus häufig eine Unterschreitung der Tragfähigkeit abgeleitet und es kann zu Funktionsstörungen kommen. Obwohl Tragfähige kaum verbindlich definiert ist, führt diese Entwicklung häufig zu Standortschließungen und eine weiter Ausdünnung der Versorgungsnetze, womit wiederum die Entwicklungsvoraussetzungen in Schrumpfungsregionen weiter verschlechtert werden. Deshalb wird seit einiger Zeit die Frage nach Mindeststandard diskutiert (z. B. Raumordnungsbericht), wenngleich bislang ohne Konsequenzen für die reale Versorgung.

Erhebliche Möglichkeiten können in flexiblem Konzepten liegen, mit denen nicht nur die Kapazitäten anpassbar sind, sondern auch durch flexible Nutzungsartmöglichkeiten mit wenigen Einrichtungen viel erreicht und deren Auslastung gesichert werden kann. Hierfür gibt es seit langen zahlreiche Überlegungen, die insbesondere bei interkommunaler Kooperation zu niedrigen Kosten wesentliche Verbesserungen ermöglichen. Die reale Umsetzung dieser Überlegungen scheitert jedoch häufig an den Ressortseparatismus. So fehlt in Standardvorgaben vielfach eine sektoralübergreifende Abstimmung, wie z. B. bei den Kindertagesstätten-Richtlinien und den Schulbau-Richtlinien oder gemeinsame Einrichtungen scheitern an den unterschiedlichen Versicherungsbedingungen. Deshalb wäre zur Bewältigung der Herausforderungen in Schrumpfungsregionen eine stärkere interministerielle sektoralübergreifende Abstimmung der Fachplanungen genauso wichtig wie die vielfach geforderte verstärke interkommunale Kooperation.

Das gilt insbesondere in Hinblick auf die erheblichen Unterschiede in den Standardvorgaben der einzelnen Bundesländer, die zudem häufig nicht mit den siedlungsstrukturellen Unterschieden zu erklären sind. Die Standardvorgaben könnten von daher schon in Frage gestellt werden. Außerdem berücksichtigen derartige Vorgaben meistens nicht neue innovative konzeptionelle Weiterentwicklungen, wie z. B. die Möglichkeiten zur Sicherung des gymnasialen Unterrichts in Schrumpfungsregionen durch gemeinsamen Unterricht der Sek. I und Berufsschulen in dafür geeigneten Fächern. Ein weiteres Beispiel: Mit neuen ärztlichen Versorgungskonzepten, wie durch den Einsatz von VERAHs (Versorgungsassistentin Hausarztpraxis) kann die Effizienz der medizinischen Leistungen derart gesteigert werden, dass ein Hausarzt wesentlich mehr Einwohner versorgen kann als der Richtwert der KV (Kassenärztlichen Versorgung) mit 1.671 Ew./Hausarzt vorgibt.

Diese Probleme ließen sich durch grundsätzliche Veränderungen der Bedarfsausrichtung erheblich reduzieren, wenn nämlich der Output und nicht der Input den Maßstab darstellt. In dem Fall würde z. B. nicht die Ausstattung eines Standortes mit Schulkapazitäten der jeweiligen Schulformen zählen sondern allein die Zielvorgabe für den Output, z. B. Absenkung der Schulabbrecher auf <1%, und Anhebung der Abiturientenquote auf 45% bei weitgehender Freigabe für konzeptionelle Lösungen. Da in dem Fall die Einhaltung des Outputs eindeutig ablesbar ist wird damit auch der Erfolg oder auch Misserfolg in der Umsetzung der damit verbundenen politischen Zielsetzung eindeutig sichtbar. Das hätte wiederum den Vorteil, dass Politiker, wesentlich offener neuen innovativen Lösungen gegenüber ständen, insbesondere bei Gefährdung des vereinbarten Outputs. Außerdem könnte mit einer Outputorientierung wesentlich weitreichender den regionalen Besonderheiten entsprochen werden, was ganz besonders für Schrumpfungsregionen gilt.

Prof. Dr.-Ing. Rainer Winkel
DISR Deutsches Institut für
Stadt und Raum (Berlin/Wiesbaden)
winkel@disr-online.de